



Die Stadtverordnetenversammlung  
- Ausschuss für Mobilität -

## Tagesordnung I Punkt 16 der öffentlichen Sitzung am 7. November 2024

Vorlagen-Nr. 24-F-63-0115

### **Bahnübergang Kastel**

**- Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und Volt vom 07.11.2024 zu TOP II.3 "Beseitigung Bahnübergang Mainz-Kastel" -**

Mit dem vorgesehenen Wegfall des Bahnübergangs am Bahnhof Kastel entfällt die direkte Straßenanbindung des Bereiches zwischen Rhein und Bahngleisen - konkret beispielsweise der dortigen

P+R-Parkplätze, der Reduit und der Bastion Schönborn. Die einzigen, bleibenden Verbindungen führen

über das Rheinufer am Kransand und die Straße "Rheinufer" vom Hochkreisel. Ersteres soll langfristig

möglichst verkehrsberuhigt und autofrei werden; zweitens ist nur von Mainz kommend erreichbar.

Die ursprünglich geplante straßenverkehrstaugliche Unterführung findet nach Angaben der Deutschen

Bahn keinen Platz, sodass der Bahnübergang zwar durch eine komfortable Fuß-/Radquerung ersetzt wird.

Die Anbindung für PKW und Lieferverkehr verschlechtert sich aber spürbar.

In der Antwort zum Beschluss 0095 des Ortsbeirates Kastel vom 01. Oktober 2024 sind drei Gründe

angeführt, aus denen der Bahnübergang aus Sicht der DB InfraGO nicht erhalten werden kann.

Zwei davon

wirken vergleichsweise einfach lösbar (Räumstrecke Richtung Südwesten und Rechtsabbiegen in Müfflingstraße); der nur kurze Abstand zur Ampel Phillingsring/Rheinufer eher schwierig.

Der Ausschuss für Mobilität möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

parallel zum Abschluss der Planungsvereinbarung

1. erneut die Machbarkeit von einer alternativen Straßenanbindung des Bereiches zwischen Bahnhof und Rhein zu prüfen und darzustellen.
2. die Möglichkeit zu prüfen, die Erfordernisse einer ausreichend langen Räumstrecke in Richtung Nordosten zu erfüllen, indem beispielsweise
  - a. eine Verkehrsführung über den Bahnhofsvorplatz,
  - b. eine Verkehrsführung über die Müfflingstraße oder
  - c. ein Ausschluss von Fahrzeugen >7,50 toerfolgt.

---

### **Beschluss Nr. 0093**

Der Antrag wird angenommen.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, 21.11.2024

Martin Kraft  
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .11.2024

Dem Magistrat  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr  
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat  
- 16 -

Wiesbaden, .11.2024

Dezernat V  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gert-Uwe Mende  
Oberbürgermeister